

## KOMMUNALER FINANZREPORT

# Strenges Haushalten in Sachsen

Gütersloh, 14. August 2015. Zum dritten Mal in Folge einen Überschuss erwirtschafteten im vergangenen Jahr die sächsischen Städte, Gemeinden und Kreise. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. 326 Millionen Euro Plus standen am Ende des Haushaltsjahres 2014 zu Buche. Das sind 81 Euro pro Einwohner. Höher waren die Überschüsse allein in Bayern. Nur einmal, im Jahr 2010, schlossen Sachsens Kommunen während der vergangenen zehn Jahre mit einem Minus ab.

Sachsen zählt damit zu den sieben Bundesländern, in denen der Saldo ihrer Kommunalhaushalte positiv war. Die übrigen sechs Flächenländer verzeichneten ein Defizit in ihren Etats. Den größten Überschuss verbuchten die bayerischen Kommunen mit 127 Euro pro Einwohner. Das größte Pro-Kopf-Defizit vermeldeten die Kommunen im Saarland mit 319 Euro.

Die Städte, Gemeinden und Kreise Sachsens sind finanziell stabil. Kassenkredite nehmen die Kommunen nur äußerst selten in Anspruch. Diesen Krediten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Sie sind – vergleichbar mit Dispo-Krediten – eine der letzten Möglichkeiten für notleidende Kommunen, kurzfristig ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern. Die Verschuldung über Kassenkredite beträgt insgesamt in Sachsen 106 Millionen Euro, wovon gut die Hälfte auf die Kreise Görlitz und Nordsachsen entfällt. Pro Einwohner sind dies in Sachsen lediglich 24 Euro. Nur als in Baden-Württemberg (14 Euro) ist die pro-Kopf-Belastung durch Kassenkredite geringer als in Sachsen. Zum Vergleich: Im Nachbarland Sachsen-Anhalt beträgt sie 587 Euro, in Nordrhein-Westfalen 1.500 Euro und im Saarland sogar über 2.000 Euro je Einwohner. „Im Allgemeinen ist die Lage mit Blick auf die Kassenkredite in Sachsen unproblematisch. Die strenge Kommunalaufsicht zahlt sich aus.“ sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung.

Die gute Haushaltslage eröffnet den Kommunen in Sachsen große Spielräume für Investitionen. Lediglich in Bayern und Baden-Württemberg waren diese 2013 und 2014 zusammengekommen noch höher. „Investitionen sind die Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum der Zukunft. Dieses Fundament ist in Sachsen stark“, sagte Geißler. Auch die Zinsausgaben bleiben gering. Sie betragen pro Einwohner in Sachsen lediglich ein Viertel des hessischen Niveaus.

Doch die Perspektive für die sächsischen Kommunen ist nicht uneingeschränkt positiv. Denn die Sozialausgaben sind weiterhin hoch und die Steuereinnahmen bleiben in der Fläche gering. Für die dauerhafte Stabilität der Kommunalhaushalte sind Steuerkraft und Hartz-IV-Wohnkosten wichtige Faktoren. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Die Bertelsmann Stiftung analysierte erstmals die zeitliche und regionale Entwicklung dieser Faktoren. Hierfür wurden die bundesweit 398 Kreise und kreisfreien Städte entsprechend ihrer Steuereinnahmen und Hartz-IV-Kosten für die Jahre 2008 und 2013 in vier Gruppen eingeteilt.

Fünf der 14 sächsischen Kreise und kreisfreien Städte liegen im Viertel der Kommunen mit den bundesweit höchsten Hartz-IV-Ausgaben. Am meisten pro Einwohner gibt die Stadt Leipzig aus (289 Euro). Im Erzgebirgskreis sind die Ausgaben hingegen nur gut halb so hoch (153 Euro). Landesweit sind die Hartz-IV-Wohnkosten seit 2008 von 204 auf 195 gesunken.

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung bleiben die sächsischen Kommunen steuer-schwach. Sie erreichen lediglich 67 Prozent des bundesweiten Durchschnitts. Seit dem Jahr 2008 stiegen die Steuereinnahmen in allen 14 Kreisen und kreisfreien Städte. Dennoch liegen weiterhin alle 14 Kommunen im bundesweit schwächsten Viertel. „Zwar verlief die wirt-schaftliche Entwicklung in Sachsen in den vergangenen Jahren dynamisch, aufschließen zum Bundesdurchschnitt können die sächsischen Kommunen aber nicht“, sagte Geißler.

Der Kommunale Finanzreport beobachtet bundesweit ein Auseinanderdriften starker und schwacher Regionen. Nahezu jede zehnte Kommune zählt seit 2008 durchgängig sowohl mit ihren Hartz-IV-Ausgaben als auch mit ihrer Steuerkraft zum jeweils schlechtesten Viertel aller Kommunen. In Sachsen trifft diese ungünstige Kombination die Städte Chemnitz und Leipzig sowie die Kreise Görlitz und Nordsachsen. Es gelingt diesen Städten und Kreisen nicht, die hohe Ausgabenbelastung ab- und die Steuerkraft aufzubauen.

In der Vergangenheit wurden diese Strukturprobleme durch den Solidarpakt überdeckt, der jedoch bis 2020 ausläuft. „Wenn nicht ganze Regionen abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen“, sagte Geißler. Spürbare Entlastung brächte eine Übernahme der Hartz-IV-Wohnkosten durch den Bund. Zu-sätzlich müsse die Wirtschaftskraft im Länderfinanzausgleich stärker berücksichtigt werden.

#### Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er analysiert die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland und basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken (Kassenstatistiken 2013 und 2014, Schuldenstatistik, Realsteuerstatistik, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). Der Kommunale Finanzreport wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirt-schaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

**Unser Experte:**           **Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41/81 81 467**  
   **E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de**

Weitere Informationen finden Sie unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)